



Arbeitskräftebedarf und Ausländereinsatz im Krieg

Mit dem Beginn des Krieges traten die Einberufungen in einen schroffen Gegensatz zu den Erfordernissen der Rüstungsindustrie: die Industrie- und Handelskammer stellte Mitte Dezember 1939 fest, die Wehrmacht müsse entscheiden, "ob sie von Bremen Flugzeuge und U-Boote oder Soldaten haben will. Beides zusammen wird sie in dem vorgesehenen Umfang nicht erhalten können."¹

Die Einberufungen zur Wehrmacht und das Auftragsvolumen an die Rüstungsindustrie, die nur ansatzweise koordiniert wurden, stiegen gleichzeitig und ständig und ließen den bremischen Arbeitsmarkt zu einem "Fass ohne Boden" werden. Dies wird an der Entwicklung der offenen Stellen im Bezirk des Arbeitsamtes Bremen besonders deutlich, die im April 1941 einen Höhepunkt von 20.463 fehlenden Arbeitskräften erreichten und deren Rückgang zum Jahr 1942 im Wesentlichen auf die Auslagerungen im Flugzeugbau zurückzuführen waren.² Während des gesamten Krieges konnte jedoch von einer Entspannung auf dem Arbeitsmarkt nicht die Rede sein.³

Vor diesem Hintergrund ist es schon beachtlich, dass es gelang, die Belegschaften der Rüstungsbetriebe noch zu erhöhen und die zur Wehrmacht eingezogenen Rüstungsarbeiter auch in Bremen zumindest teilweise zu ersetzen. Dies geschah zu einem gewissen Anteil durch Umsetzungen, Dienstverpflichtungen usw., vor allem aber durch den massiven Ausländereinsatz.⁴

¹ "Lagebericht der Industrie- und Handelskammer vom 18.12. 1939", zitiert nach: PFLIEGENSDÖRFER, Vom Handelszentrum zur Rüstungsschmiede, S. 329f.

² Vgl. auch zur Arbeitsmarktentwicklung und den ergriffenen Maßnahmen: PFLIEGENS-DÖRFER, Vom Handelszentrum zur Rüstungsschmiede, S. 329ff.

³ Die Akten des für den kriegswichtigen Einsatz zuständigen Bausenators (z.B. Staatsarchiv Bremen, 4,29/1-1235, 1239, 1240) sind voll von Dokumenten, die von dem herrschenden Arbeitskräftemangel deutliches Zeugnis ablegen: Gerangel um Dringlichkeitsstufen bei der Berücksichtigung, Anträge auf Zuweisung von Arbeitskräften aus anderen Städten, Anwerbungsversuche, auch unter Umgehen der offiziellen Wege, ja sogar gegenseitige Anschwärzung wegen der Inanspruchnahmen von Arbeitskräften zu anderem als dem vorgesehenen kriegswichtigen Einsatz, anonyme Briefe etc. Am 8.2.1944 sieht sich der Präsident des Gauarbeitsamts Weser-Ems veranlasst, mit dem Verweis auf die "kämpfenden Brüder an der Front" und mit dringenden moralischen Appellen an die Adresse der "Betriebsführer" das Horten von Arbeitskräften anzuprangern (1236).

⁴ Im Dezember 1941 stehen 10,6% Einberufungen an der Gesamtzahl der Beschäftigten 12,4% angeworbene Ausländer gegenüber (Staatsarchiv Bremen, 9,S 9-17/11). Vgl. auch PFLIEGENS-DÖRFER, Vom Handelszentrum zur Rüstungsschmiede, S. 332f.

Innerhalb Bremens führten die Bedingungen der Kriegswirtschaft zu beachtlichen Umstrukturierungsprozessen und Umsetzungen von Arbeitskräften aus nicht direkt kriegswichtigen Betrieben in die Rüstungsindustrie.⁵ Im Sommer 1942 arbeiteten ca. 60% (gegenüber 47% 1939) in der Industrie, davon 75 % in der Rüstung.⁶ Immer wieder ist von "Auskämmungs- und Stilllegungsaktionen" im zivilen Sektor die Rede, von denen Arbeitskräftereserven aus dem eigenen Arbeitsmarkt erwartet wurden. Das Arbeitsamt Bremen war jedoch schon im Sommer 1942 der Auffassung: "Alle Reservequellen, deutsche Arbeitskräfte, insbesondere aus dem bremischen Wirtschaftsraum zu mobilisieren, sind restlos ausgeschöpft."⁷ Die Anweisung Sauckels im September 1943, noch einmal 8.000 Arbeitskräfte durch "Auskämmungen" aus dem zivilen Sektor der bremischen Rüstungsindustrie zuzuführen, und zwar "ohne Rücksicht auf die Folgen" wurde seitens der Vertreter von Wirtschaft und Verwaltung mit erheblicher Skepsis aufgenommen.⁸

Eine weitere Intensivierung der Arbeitsleistung erschien ebenfalls, trotz wiederholter Aufrufe,⁹ kaum möglich. Laut Schwarzwälder galt erst am 8.9.1944 generell die 60-Stunden-Woche,¹⁰ aber schon im Dezember 1940 war auf Anforderungsformularen für Arbeitskräfte von 60 Stunden Wochenarbeitszeit die Rede.¹¹ Im März 1944 wurde z.B. bei "Weser-Flug" die Einführung der 72-Stunden-Woche erwogen.¹²

Die Erfahrungen mit dem zunächst freiwilligen Einsatz von Frauen anstelle der einberufenen männlichen Arbeitskräfte waren überwiegend negativ,¹³ auch nach der

⁵ Schon in den ersten beiden Kriegsmonaten betraf dies ca. 8500 Beschäftigte aus 400 bremischen Betrieben, vgl. PFLIEGENSDÖRFER, Vom Handelszentrum zur Rüstungsschmiede, S. 333.

⁶ Ebenda. Vgl. auch Vorlage von Dr. Kohl für eine Besprechung mit Dr. Kaphahn am 10.11.1942, bei der er sogar einen Anteil der Rüstungswirtschaft von fast 80% nennt (Staatsarchiv Bremen, 9,S 9-17/11).

⁷ Schreiben des Arbeitsamtes Bremen vom 6.7.1942 (Staatsarchiv Bremen, 9,S 9-17/11). Dennoch erfolgten am 8.2.1943 wiederum genaue Anweisungen zur "Durchführung des Führererlasses" vom 13.1.1943 über Betriebsschließungen, die bis März 1943 abgeschlossen werden sollten (Staatsarchiv Bremen, 7,1066-8).

⁸ "Vermerk über eine Besprechung im Gauarbeitsamt betr. Auskämmung des zivilen Sektors" am 13.9.1943 (Staatsarchiv Bremen, 9,S 9-17/11). Auch in Bezug auf die z.B. im März 1945 "zu-rückflutenden" Arbeitskräfte aus den östlichen Gebieten wird von der Möglichkeit der "Auskämmung" gesprochen, um weitere Arbeitskräfte an ihrer Stelle oder auch aus ihrer Mitte einberufen zu können (Staatsarchiv Bremen, 4,29/1-1236).

⁹ Z.B. "Anteil der deutschen Heimatfront am kommenden Sieg. Appell des Gauleiters Sauckel an das schaffende Bremen." Die Rede wird von den "Bremer Nachrichten" vom 22.5.1943 auf der ersten Seite ausführlich wiedergegeben. (Anhang, Dokument 4.55) Vgl. auch: "Arbeitseinsatz im Rhythmus der Front", Sauckel-Rede vom 22.1.1944, bei der er zu 10% Mehrleistung aufruft (Staatsarchiv Bremen, 4,29/1-1236).

¹⁰ SCHWARZWÄLDER, Herbert: Bremen in der NS-Zeit (1933-1945), (Geschichte der freien Hansestadt Bremen, Bd.4) Hamburg 1985, S. 502.

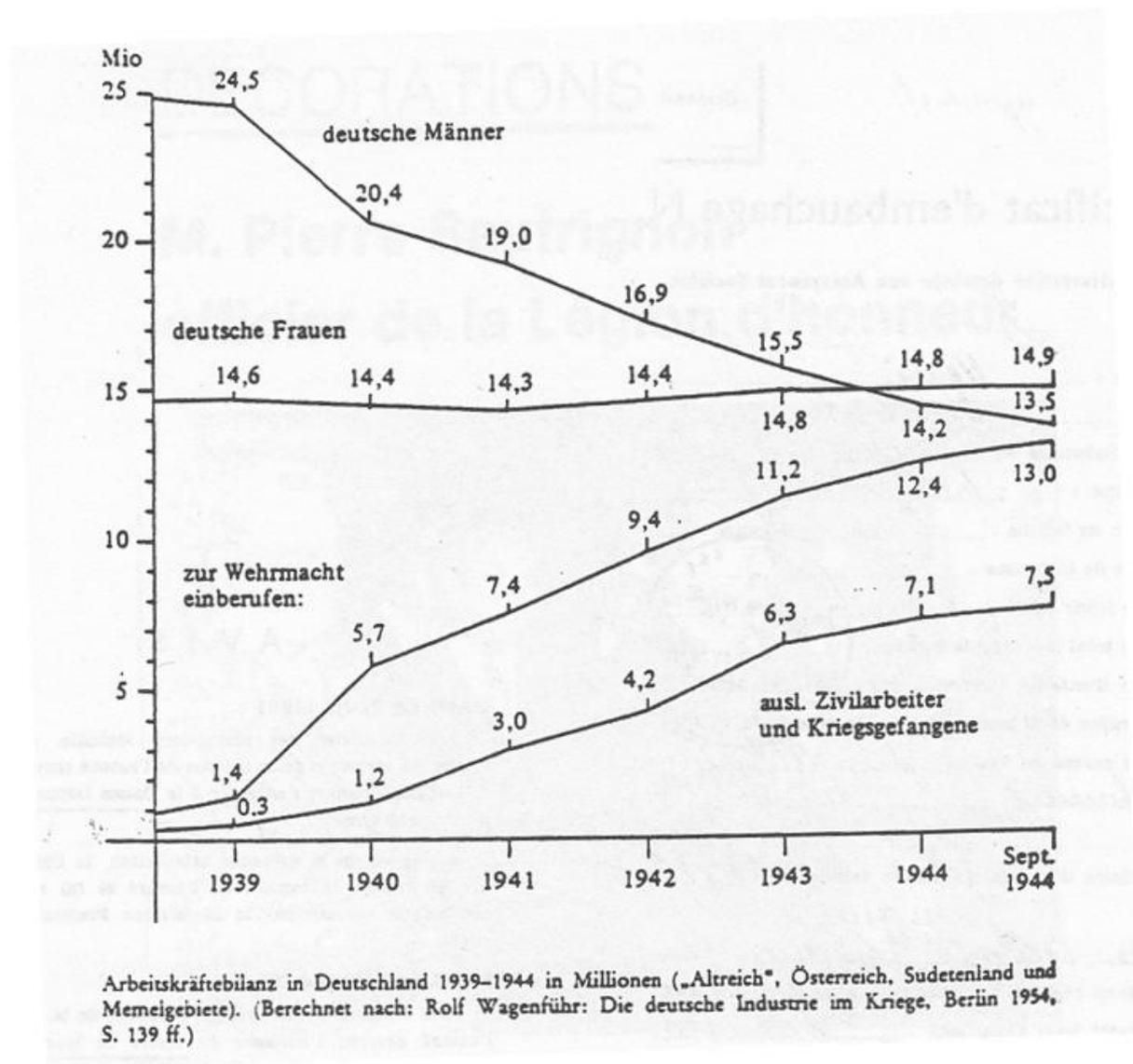
¹¹ Antrag auf Vermittlung von Arbeitskräften für Betonbauten (Staatsarchiv Bremen, 4,29/1-1239).

¹² "Geschichte Weser-Flug" Bd.III, (Staatsarchiv Bremen, 9,S 9-17/14-21).

¹³ Im "Stimmungs- und Lagebericht der Gestapo vom 8.2.1940 für den Monat Januar 1940" heißt es dazu im Hinblick auf die Rüstungsindustrie: "Für die zur Front eingezogenen Arbeitnehmer sind neue Arbeitskräfte und Frauen eingestellt bzw. dienstverpflichtet worden, für die diese Arbeit neu und ungewohnt ist [...] In zahlreichen Fällen waren diese Personen der Arbeit nicht gewachsen, erkrankten ernstlich und blieben deshalb

Einführung der Arbeitsdienstpflicht nach der Proklamation des "totalen Krieges" 1943 erreichte sie nur relativ geringes Ausmaß und stieß auch bei den Betrieben auf große Bedenken.¹⁴

Wie die Entwicklung des Arbeitsmarkts zwischen 1939 und 1944 zeigt, war dies eine reichsweite Tendenz: Die Einberufungen zur Wehrmacht wurden in erster Linie, trotz der Sicherheitsbedenken, die dagegen bestanden, durch die zunehmende Beschäftigung von ausländischen Zwangsarbeitern ersetzt, während der Anteil der Frauen an der Beschäftigung nahezu gleich blieb.



der Arbeit fern [...] Die Zunahme beim Arbeitsausfall macht sich besonders in den Werken bemerkbar, in denen vornehmlich Frauen beschäftigt werden." Staatsarchiv Bremen, 3-M.2.h.3.ad Nr.8 (21).

¹⁴ Laut dem "Bericht über die Entwicklung des Arbeitseinsatzes im Arbeitsamtsbezirk Bremen im Monat Februar 1943" werden die meldepflichtigen Frauen zu 82% im Rüstungssektor eingesetzt (Staatsarchiv Bremen, 7,1066-8). Die Firmenvertreter äußern sich auch auf der Sitzung der Gauunterkommission der Rüstungskommission X Weser-Ems am 27.2.1943 eher unzufrieden über ihre Erfahrungen mit dem Einsatz von Frauen (Staatsarchiv Bremen, 7,1066-8).

Arbeitskräfte mussten also auch von außen dem bremischen Arbeitsmarkt zugeführt werden. Dass die Lage in Bremen schon früh als besonders zugespitzt anerkannt wurde, zeigt die Dienstverpflichtung von auswärtigen Arbeitern aus Süd- und Westdeutschland, aber auch aus Österreich und der annektierten Tschechei, deren Einsatz in Bremen durchaus Parallelen zur Lage der später requirierten ausländischen Zivilarbeiter erkennen lässt. Dem "Lage- und Stimmungsbericht des Polizeipräsidenten Bremen" vom 6.4.1940 kann man interessante Einblicke und die folgenden Spottverse entnehmen:

Eine gewisse Unzufriedenheit in Bezug auf Verpflegung, Lohn und Wohnung scheint bei vielen zur A.G. Weser, Norddeutschen Hütte und anderen Werken dienstverpflichteten Österreichern, Tschechen, u. a. vorhanden zu sein. Nachstehende Zeilen, die ein Dienstverpflichteter bei der A.G. Weser verfasst haben soll, kennzeichnen die Stimmung dieser Personen:

*"Sehnsucht Melodie: Golf von Biskaya...
Am Ufer der Weser ein Schiffschlosser stand
Mit Hammer und Meißel voll Wut in der Hand
Nach Süden gerichtet sein trauriger Blick
Er möchte so gern in die Heimat zurück
Fahr mich in die Heimat auf reichseigne Kosten
Möge bei der A.G. Weser das Werkzeug verrosten
Wir fahren nach Hause, wenn vorbei ist die Zeit
Und die nach uns kommen, die tun uns so leid."* ¹⁵

Die nach ihnen nach Bremen kamen (und die ihnen wohl leid tun konnten) waren ausländische Arbeitskräfte, denn schon im Dezember 1939 war klar, dass die auswärtigen dienstverpflichteten Arbeitskräfte nicht ausreichen konnten. Schon vor dem Krieg hatte die Expansion der Rüstungsindustrie zwischen 1933 und 1939 zu hohen Zuwachsraten an Ausländern im Landesarbeitsamtsbezirk Niedersachsen geführt.

Die Einberufungen in der ersten Kriegsphase wurden bereits überwiegend durch ausländische Arbeitskräfte ersetzt: die 40.000 bis zum 1. Juni 1941 einberufenen Bremer durch 28.000 Ausländer. Die ersten, übrigens oftmals unter Umgehung des offiziellen Verfahrens angeworbenen Zivilarbeiter waren Niederländer,¹⁶ dann kamen

¹⁵ Staatsarchiv Bremen, 9,S 9-17/8.

¹⁶ Vgl. MUTSCHKE, Peter: Zwangsarbeit. Der Arbeitseinsatz von Fremdarbeitern und Kriegsgefangenen in der kriegswichtigen Bauwirtschaft Bremens 1939-1945, Göttingen 1986, S. 7. Bremen hatte traditionell gute Kontakte nach Rotterdam.

Belgier und ab Februar 1941 im Rahmen von zwischenstaatlichen Vereinbarungen und mit bevorzugtem Status Italiener dazu.¹⁷ Die größte Gruppe stellten schon im Juli 1941 requirierte polnische Arbeitskräfte dar, die im Wesentlichen in der Landwirtschaft eingesetzt werden sollten; wegen der besonders zugespitzten Situation in der Rüstungswirtschaft wurde aber schon im Mai 1940 gelegentlich,¹⁸ später immer häufiger davon abgewichen.

Eine grobe Übersicht des Arbeitsamts Bremen über die beschäftigten ausländischen Arbeiter und Kriegsgefangenen vom 16.7.1941 ergibt eine gerundete Zahl von 21.000 zivilen und 3.600 kriegsgefangenen Ausländern.¹⁹

Verantw.: Helga E. Bories-Sawala

Quelle:

Helga E. Bories-Sawala: Franzosen im "Reichseinsatz". Deportation, Zwangsarbeit, Alltag. Erfahrungen und Erinnerungen von Kriegsgefangenen und Zivilarbeitern (digitale Ausgabe unter <https://doi.org/10.26092/elib/1038>)

¹⁷ Ebenda, S. 12ff.

¹⁸ Vgl. Bericht über "die Entwicklung des Arbeitseinsatzes im Gau Weser-Ems" des Landesarbeitsamtes Niedersachsen vom 21.5.1940: "In der Eisen- und Metallwirtschaft sind die Anforderungen der munitionsfertigenden Betriebe ebenso wie der Bedarf der Werften und Flugzeugfabriken noch besonders stark. [...] Für die Munitionsfertigung ist zur Erledigung erhöhter Anforderungen verschiedentlich der Einsatz von polnischen Kräften zugelassen worden." Hervorhebungen im Original; Staatsarchiv Bremen, 9,S 9-17/10.

¹⁹ Schreiben des Arbeitsamts Bremen an den Regierenden Bürgermeister vom 16.7.1941, in : Staatsarchiv Bremen, 3-M.2.h.3 Nr.262.

Arbeitsamt Bremen

Fernruf: Sammel-Nr. 84012/83866/85512
Postcheck-Konto: Hamburg Nummer 21178
Reichsbank-Girokonto: Konto-Nr. 21/151

Es wird gebeten im Antwortschreiben
I e Gesch.-Z.-Nr. 4060 anzugeben.

Bremen, den

16. Juli 1941

Stempel: 16 JUL 1941
Handwritten: 4852
Handwritten: Prof. Dr. K. ...

An den A 2904

Herrn Regierenden Bürgermeister,

B r e m e n .

Betrifft: Ausländer und Kriegsgefangene
Vorgang: Ihr Schreiben vom 12.7.41.

Handwritten: 2001.
Handwritten: 17. VII. 41.
Handwritten: 5.

Nachstehend gebe ich Ihnen die gewünschten Zahlen (abgerundet) der in Groß-Bremen beschäftigten ausländischen Arbeiter und Kriegsgefangenen bekannt:

	<u>Ausländer</u>			<u>Kriegsgefangene</u>
	<u>männl.</u>	<u>weibl.</u>	<u>zus.</u>	
Belgier	3200	500	3700	300
Dänen	2200	100	2300	
Franzosen	900	100	1000	3000
Italiener	2400	-	2400	
Niederländer	2900	200	3100	
Polen	4800	2500	7300	
Slowaken	200	140	340	
Sonstige	700	160	860	
Serben				300
	17300	3700	21000	3600

In den Nebenstellen Delmenhorst, Osterholz-Scharmbeck, Achim und Rotenburg sind ferner noch rund 4000 Ausländer und 2700 Kriegsgefangene beschäftigt.

Ich bitte, die Angaben vertraulich zu behandeln und sicherzustellen, dass ihre Veröffentlichung nicht erfolgt.

In Vertretung:

Handwritten signature

Unter den Zivilarbeitern stehen die Polen mit 7.300 (und einem sehr hohen Frauenanteil von 2.500) an erster Stelle, gefolgt von Belgiern, Niederländern, Italienern und Dänen. Die 1000 französischen Zivilarbeiter, davon 10% Frauen, machten zu diesem Zeitpunkt insgesamt nicht einmal 5% der Zivilarbeiter aus, jedoch

waren dreimal soviel kriegsgefangene wie zivile Franzosen in Bremen (83% aller Kriegsgefangenen).²⁰

Im gesamten Landesarbeitsbereich Niedersachsen war im Dezember 1941 "jeder 6. Arbeiter und Angestellte Ausländer".²¹ Ein halbes Jahr später waren es vor allem die aus den neu besetzten russischen Gebieten zwangsverschleppten "Ostarbeiter", die zu einer Gesamtzahl von 440.000 in Niedersachsen beschäftigten Ausländern ("28 v.H. der Gesamtbeschäftigtenzahl gegenüber einem Reichsdurchschnitt von etwa 16 v.H.") beitrugen.²² Obwohl im Sommer 1942 der Beschäftigungshöchststand von vor dem Kriege trotz der Einberufungen noch übertroffen wurde, bestand weiterhin in Niedersachsen "erheblicher Mangel" an Arbeitskräften.²³

Vor diesem Hintergrund fanden innerhalb des Bezirks zwischen den einzelnen Rüstungsstandorten erbitterte Verteilungskämpfe um die Zuweisung von weiteren ausländischen Arbeitskräften statt, von denen eine Auseinandersetzung zwischen der Bremischen Industrie- und Handelskammer und dem Landesarbeitsamt Niedersachsen im Oktober/November 1942 mit aufschlussreichen Details überliefert ist.

Am 14.10. führte Syndikus Dr. Kohl in einem im Übrigen sehr persönlich formulierten Schreiben an den "lieben Herrn Timm" im Reichsarbeitsministerium Klage darüber, dass

[...] wir im letzten Jahr sehr stark bei der Zuweisung von Ausländern, auf die wir so dringend angewiesen sind, in Rückstand gekommen sind. [...] Im vorigen Jahr lagen wir weit über Reichsdurchschnitt in Bezug auf die Ausländerbeschäftigung und heute liegt der Gau Weser-Ems und mit ihm Bremen einmal wesentlich unter dem Durchschnitt des Landesarbeitsamts und sogar jetzt unter dem Durchschnitt des Reiches. [...] Im Arbeitsamtsbezirk Bremen mit z.Zt. 215.000 Beschäftigten (Arbeiter und Angestellte) sind noch nicht einmal 20% Ausländer, Ostarbeiter und Kriegsgefangene zusammen beschäftigt, während heute im Reich dieser Prozentsatz bei etwas über 24 Mill. Beschäftigten und rd. 6 Mill. Ausländern, Ostarbeitern und Kriegsgefangenen zusammen 25 % beträgt. Im Gau Weser-Ems mit seinen 9 Arbeitsämtern ist das Verhältnis das gleiche. Bei 580.000 beschäftigten

²⁰ Die in einem Schreiben des Arbeitsamts Bremen an Dr. Kohl vom 9.8.1941 genannten Zahlen (Archiv der Industrie- und Handelskammer Bremen SZ I 15/7 Bd.2) und die Tabelle 60 "Die ausländischen 'Zivilarbeiter' im Bezirk des Arbeitsamts Bremen nach Nationalitäten, Stand 25.9.1941" (PFLIEGENSDÖRFER, Dieter (Hg.): Wellblech und Windkanal. Arbeit und Geschäfte im Bremer Flugzeugbau von 1909 bis 1982, Bremen 1989, S. 335) divergieren in den Angaben leicht, aber ergeben kein anderes Gesamtbild.

²¹ Vgl. Bericht des Landesarbeitsamtes Niedersachsen vom Dezember 1941: "Infolge von Einberufungen ist der Anteil der inländischen Arbeitskräfte ständig zurückgegangen, demgegenüber hat sich die Zahl der beschäftigten Ausländer (ohne Kriegsgefangene) seit 1939 mehr als verdreifacht und erreicht heute bereits eine Viertelmillion." Staatsarchiv Bremen, 9,S 9-17/11.

²² "Die Entwicklung des Arbeitseinsatzes im Landesarbeitsbezirk Niedersachsen im Monat Juli 1942" (Staatsarchiv Bremen, 9,S 9-17/11). Im gleichen Bericht wird die Sorge über "eine starke Überfremdung der niedersächsischen Wirtschaft mit ausländischen Kräften" deutlich, die ja auch ernährt werden wollen. Nicht Menschlichkeit, sondern kühles Kalkül spricht aus den Bemerkungen über "Ernährungsschwierigkeiten, besonders bei Ostarbeitern", deren Folge zurückgehende Arbeitsleistungen und Gewichtsverluste von durchschnittlich 3,8 kg in 6 Wochen seien.

²³ Vgl. den Bericht des Landesarbeitsamts Niedersachsen vom September 1942, Staatsarchiv Bremen, 9,S 9-17/10.

Arbeitern und Angestellten im Gau Weser-Ems werden eben-falls noch nicht einmal 20% Ausländer, Ostarbeiter und Kriegsgefangene zusammen beschäftigt, während dieser Prozentsatz im Landesarbeitsamtsbezirk Niedersachsen über 28% beträgt. Dabei ist Bremen ein Brennpunkt im Landesarbeitsamtsbezirk Niedersachsen, dem man auch bei seinen grossen Anforderungen an Arbeitskräften, wozu noch seine Luftgefährdung kommt, besonders helfen müsste.²⁴

Mit weiteren Zahlen und Einzelheiten vertrat Dr. Kohl auch einen Tag später auf der Besprechung im Landesarbeitsamt Hannover über die "Oktober-Aktion Rü 42", "dass Bremen bei der Zuweisung von ausländischen Arbeitskräften, Ostarbeitern und Kriegsgefangenen, sowie überhaupt der ganze Gau Weser-Ems zu kurz gekommen ist" und forderte vor allem mehr Ostarbeiter.²⁵

Wie schon mehrfach von Dr. Kohl ersucht, kam Dr. Kaphahn vom Landesarbeitsamt Niedersachsen am 10. November 1942 persönlich zu einer Besprechung vor Ort in den Bremer Schütting, wo ihm die bremischen Positionen vorgetragen wurden, wie sie aus den umfangreichen vorbereitenden Unterlagen für diese Sitzung hervorgehen: die Stadt, wie auch der gesamte Gau Weser-Ems, sei gegenüber anderen niedersächsischen Bezirken benachteiligt worden, bei gleicher anteiliger Berücksichtigung hätte Bremen rund 10.000 Ostarbeiter mehr erhalten müssen, aber auch zusätzliche Fachkräfte aus Frankreich. Die "Arbeitseinsatzlage" sei dadurch "sehr verschärft" worden.²⁶

Noch auf dieser Besprechung wurde Bremen für November/Dezember 1942 die Zuweisung von sechs- bis siebentausend Arbeitskräften aus der niedersächsischen Landwirtschaft und aus erwarteten Ausländertransporten zugesagt,²⁷ was einer gewissen Anerkennung der Berechtigung bremischer Forderungen gleichkam, obwohl sie vom Präsidenten des Landesarbeitsamts Niedersachsen in einem Schreiben an Dr. Kohl am 26.11.1942 zurückgewiesen wurden: der "Gau Weser-Ems" sei mit einer Ausländerquote von 21,1% in Niedersachsen nicht besonders benachteiligt, da der niedersächsische Durchschnitt im Wesentlichen durch die Hermann-Göring-Werke und das VW-Werk in die Höhe getrieben würde. Die Stadt Bremen sei mit einer Quote von 19,0% besser versorgt als andere deutsche

²⁴ Schreiben von Dr. Kohl an den Ministerialdirigenten Dr. Timm im Reichsarbeitsministerium vom 14.10.1942, in dem er sich auf ein früheres Schreiben vom 23.9. und eine Antwort Timms vom 10.10.1942 in gleicher Sache bezieht. Staatsarchiv Bremen, 9,S 9-17/11.

²⁵ Vgl. entsprechenden Vermerk in : Staatsarchiv Bremen, 9,S 9-17/11.

²⁶ Verschiedene Aktennotizen und vorbereitende Papiere, darunter Vermerk zur Besprechung im Landesarbeitsamt Hannover am 15.10.1942 und Vermerk zur Besprechung mit Herrn Präsident Dr. Kaphahn am 10. November (aufgestellt Anfang November 1942). Staatsarchiv Bremen, 9,S 9-17/11.

²⁷ Ebenda. Zu klären sei vor allem noch die Unterbringungsfrage.

Großstädte, beispielsweise Hannover (18,3%), Bielefeld (13,6%), Gelsenkirchen (12,9%), Dortmund (12,3%) oder Bochum (9,7%).²⁸

Tatsächlich erhielt Bremen im November innerhalb weniger Wochen Neuzuweisungen von 5000 Ausländern, allerdings nicht auf Kosten anderer niedersächsischer Bezirke, sondern aus einem neuen Programm von Speer und Sauckel zur Förderung der Werften.

Die Zahl der in Bremen eingesetzten ausländischen Zivilarbeiter stieg von 22.945 im November 1942 auf 28.808 im Juli 1943 an, die der Ostarbeiter von 9.784 auf 12.295. Der Rückgang der Zahl der Kriegsgefangenen von 8.792 auf 6.011 geht vermutlich in geringem Maße auf Freilassungen, in größerem auf die Umwandlung französischer Kriegsgefangener in den Zivilarbeiterstatus zurück.²⁹

Trotz Tausender neu nach Bremen geführter ausländischer Arbeitskräfte holte die Stadt 1943, nach Ausführungen von Dr. Kohl, bei der Quote zwar auf (23,3% Anfang 1944), ohne jedoch auch nur die Quote des Gau (25%), geschweige denn die des Reichsdurchschnitts (26%) zu erreichen.³⁰

Im Verlauf des Jahres 1944 erhielt der Gau Weser-Ems zunächst im Februar 1469 Ausländer, einschließlich 986 Ostarbeitern und setzte große Hoffnungen auf die von Sauckel angekündigte neue Requirierungswelle aus den besetzten Ländern, die sich aber als illusorisch erweisen sollten.³¹ Im März erreichten 3.150 Ausländer, davon 80% Ostarbeiter, den Gau, im April 2.199 Ausländer, darunter 1.435 Ostarbeiter. Im Mai gingen die Zahlen weiter zurück, und unter den insgesamt 1.713 neu angekommenen Ausländern waren 850 Ostarbeiter und die erstaunliche Zahl von 400 Niederländern aus dem Patenbezirk. Für Juli heißt es: "Die Ausländertransporte sind mit rd. 1400 Kräften gegenüber den Vormonaten noch weiter zurückgeblieben", und im Dezember

²⁸ Ebenda. Weiter heißt es noch: "In diesem Zusammenhang wiederhole ich übrigens das Angebot, für je eine deutsche Kraft, die die bremische Wirtschaft Aufbaubetrieben in Niedersachsen zur Verfügung stellt, 2 Ausländer Zug um Zug abzugeben."

²⁹ Die Zahlen für Juli 1943 wurden dem Bericht der DAF Kreisverwaltung Bremen für den Monat Juli 1943 über die "Arbeitsmarktlage" entnommen (Staatsarchiv Bremen, 9,S 9-17/11). Die vermutlich auf einer etwas anderen Berechnungsgrundlage ermittelten Zahlen des Gauarbeitsamtes lauten für den 15. November für Bremen: 39.041 Zivilarbeiter, einschließlich der 12.941 Ostarbeiter und 6.882 Kriegsgefangene, vgl.: "Der Arbeitseinsatz im Gau Weser-Ems" Statistisches Mitteilungsblatt des Gau-Arbeitsamtes Weser-Ems Nr.3 Bremen 25.12.1943 (Staatsarchiv Bremen, 9,S 9-17/11).

³⁰ Vgl. Schreiben von Dr. Kohl an den Gauleiter in Oldenburg vom 5.2.1944. Er verweist dort auch auf die "freiwilligen Vorleistungen", z.B. die mehrfachen Auskämmungsaktionen zugunsten der Rüstungswirtschaft. Staatsarchiv Bremen, 9,S 9-17/11.

³¹ "Die inzwischen vom GBA eingeleiteten Maßnahmen für eine stärkere Heranführung von ausländischen Arbeitskräften aus dem Westen werden sich erst in den kommenden Monaten auswirken" (Bericht des Gauarbeitsamtes Weser-Ems über "Die Entwicklung des Arbeitseinsatzes im Gau Weser-Ems im Monat Februar 44" in : Staatsarchiv Bremen, 9, S 9-17/11). Mit "GBA" ist der "Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz", Fritz Sauckel, gemeint.

schließlich ergaben sich große Probleme, auch nur den dringlichsten Bedarf zu decken, "da Ausländertransporte nur in sehr geringfügigem Umfang zur Verfügung standen."³²

Der extreme Arbeitskräftemangel, der in der Stadt herrschte und der zu beständigen Klagen der bremischen Wirtschaft über die nicht ausreichende Versorgung mit ausländischen Arbeitskräften führte, war jedoch nicht nur auf die Einberufungen zur Wehrmacht zurückzuführen, sondern in entscheidendem Maße auf die gigantische Expansion der Rüstungsindustrie, die auch während des Krieges ihre Beschäftigtenzahlen noch steigern konnte, die aber, trotz einer drastischen Austrocknung aller nicht direkt kriegswichtigen Bereiche zu ihren Gunsten, immer noch Arbeitskräftemangel hatte. Dieser konnte durch den massiven Einsatz von Ausländern immerhin gemildert, aber freilich nicht ausgeglichen werden. Bremen war sowohl in der Rüstungsindustrie als auch in den Bereichen, die direkt mit der Prävention und der Beseitigung von Kriegsschäden verbunden waren (was wiederum der Rolle der Stadt als wichtiger Waffenschmiede geschuldet war), in hohem Maße und schon früher als andere Großstädte von der Arbeit der Ausländer abhängig.

Dies lässt sich einerseits am Ausländeranteil an der Gesamtbeschäftigtenzahl ablesen, der von 13% 1941 auf 27% 1944 stieg,³³ andererseits an teilweise weit darüber hinausgehenden Quoten in einzelnen bremischen Betrieben³⁴: allein Borgward wies schon im Herbst 1942 einen Ausländeranteil von 35,4% auf und beschäftigte 30% der "Ostarbeiter" Bremens,³⁵ bei der Norddeutschen Hütte waren es im Januar 1943 sogar über 40% Ausländer.³⁶ Trotz eines hohen Anteils von "unabkömmlich gestellten" deutschen Arbeitern in der Luftfahrtindustrie erreichte der Ausländeranteil bei Focke-Wulf 1943 37%, bei Weser-Flug 1944 46%, wobei die unterschiedliche Zusammensetzung der ausländischen Belegschaft auffällig ist: bei Weser-Flug arbeiteten Kriegsgefangene, "Ostarbeiter" und "sonstige ausländische Zivilarbeiter" zu etwa gleichen Anteilen, während bei Focke-Wulf 1943 keine Kriegsgefangenen eingesetzt waren und mehr als dreimal so viele "sonstige" (vermutlich "westliche")

³² Entsprechende Monatsberichte für März, April, Mai, Juni und Dezember 1944 ebenda. Die gleiche Tendenz setzt sich im Januar 1945 fort, vgl. entsprechenden Bericht.

³³ PFLIEGENSDÖRFER, Vom Handelszentrum zur Rüstungsschmiede, S. 334. SCHWARZWÄLDER, S. 508, nennt für das Kriegsende 20-25% "Fremdarbeiter" in der Industrie.

³⁴ Da die Unterlagen des Arbeitsamts zerstört und die betrieblichen Archive unzugänglich sind, sind nur zu bestimmten Zeitpunkten globale Zahlen für Bremen und für einzelne Betriebe verfügbar.

³⁵ Vgl. Schreiben des Präsidenten des Landesarbeitsamtes Niedersachsen an Dr. Kohl am 26.11.1942 (Staatsarchiv Bremen, 9,S 9-17/11).

³⁶ Vgl. "Niederschrift über die Sitzung mit Präsident Kaphahn" vom 13.1.1943 aus der Industrie- und Handelskammer (Staatsarchiv Bremen, 9,S 9-17/11).

Zivilarbeiter wie "Ostarbeiter".³⁷ Unterdurchschnittliche Ausländerquoten hatten, wenn man von den KZ-Häftlingen absieht, die beim U-Boot-Bunkerbau eingesetzt wurden, die Belegschaften der Stammwerke großer Werften: beim Bremer Vulkan arbeiteten 1942: 7,3%, 1943: 12% Ausländer, bei der Deschimag ("AG Weser") 1942: 12,7%, bei der Lürssen-Werft 1943: 18%. Der Werften-Zulieferer Atlas-Werke beschäftigte 1943 24% Ausländer. Kleinere Werften wie Abeking und Rasmussen (Lemwerder) hatten mit 29%, die Roland-Werft mit 36% höhere Quoten.³⁸ Beim Bunkerbau waren im April 1942 10 deutsche und 1176 ausländische Zivilarbeiter eingesetzt, was einer Quote von 99% entsprach.³⁹

Quelle:

Helga E. Bories-Sawala: Franzosen im "Reichseinsatz". Deportation, Zwangsarbeit, Alltag. Erfahrungen und Erinnerungen von Kriegsgefangenen und Zivilarbeitern (digitale Ausgabe unter <https://doi.org/10.26092/elib/1038>)

³⁷ Vgl. PFLIEGENSDÖRFER, Wellblech und Windkanal, S. 67 und Tabelle S. 72. In einzelnen Teilbetrieben lag die Quote noch erheblich höher: "Bei 80% soll sie 1943/44 im Focke-Wulf-Werk Posen gelegen haben; 46% erreichte sie 1944 bei Weser-Flug Bremen, ebenfalls 80% im Werk Varel" (ebenda, S. 72).

³⁸ Die Zahlenangaben zu 1942 stammen aus: Schreiben des Präsidenten des Landesarbeits-amtes Niedersachsen an Dr. Kohl am 26.11.1942 (Staatsarchiv Bremen, 9,S 9-17/11), die für 1943 sind zitiert nach: Der Kaiser ging, S. 13ff.

³⁹ Tabelle zum Arbeitseinsatz Stand April 1942 (Staatsarchiv Bremen, 4,29/1-1240).